



Sachsen 2030 – Mit Vernunft in die Zukunft

beschlossen auf dem 36. Landestag der Jungen Union Sachsen & Niederschlesien
in Meerane am Sonntag, dem 10. Februar 2013

Im hektischen Betrieb der Tagespolitik rückt oftmals das Bewusstsein in den Hintergrund, dass politische Entscheidungen nicht nur für heute richtig sein müssen. Alle Entscheidungen haben Folgewirkungen, die zum Teil weit in die Zukunft hinein unser Zusammenleben beeinflussen. Schon weil nicht alle Folgen politischen Handelns vollständig prognostizierbar sind, müssen sich politische Entscheidungen an Grundsätzen orientieren und an übergeordneten Zielen messen lassen. Wir brauchen einen Kompass, der uns die Richtung vorgibt ohne das Ziel zu diktieren. Aus diesem Grund denkt die Junge Union Sachsen & Niederschlesien voraus und will Anstöße für die Zukunft liefern.

Unser Zusammenleben soll vor allem von Vernunft und langfristigem Denken geprägt sein. Eine Nachhaltigkeitslücke, die zu Generationenkonflikten und gesellschaftlichem Dissens führt, kann nicht im allgemeinen Interesse sein. Die in den zurückliegenden Jahrhunderten schwer errungene Freiheit auf politischer und wirtschaftlicher Ebene ist ein hohes Gut, das es zu wahren gilt. Für eine aufgeklärte Bürgergesellschaft bedarf es jedoch mehr: Sie muss Freiheit in Verantwortung ermöglichen. Legitime Grenzen der Freiheit können aber nicht durch ein von Vorschriften geprägtes obrigkeitliches Diktat entstehen. Vielmehr soll es durch den respektvollen Umgang der Menschen miteinander und ihrer Umwelt sowie durch eine aktive, freie und vernunftgeleitete Zivilgesellschaft umgesetzt werden.

Erkenntnis

Vernünftiges Gestalten setzt die Fähigkeit zur Erkenntnis voraus. Nur wer sich selbst und seine Umwelt beobachtet, beurteilt und gesellschaftliche Entwicklungen hinterfragt, kann die notwendigen Schlüsse für die Zukunft ziehen. Dazu bedarf es mündiger Bürger, die durch eine solide und umfassende Bildung in der Lage sind, Fakten einzuordnen und zu bewerten. Wenn die nachwachsenden Generationen die tragenden Grundprinzipien und die entsprechenden politischen, ökonomischen, sozialen und auch kulturellen Institutionen nicht mehr verinnerlichen, erodiert die staatsbürgerliche Intuition. Bildung ist für die Junge Union in diesem Zusammenhang nicht nur auf Kinder und Jugendliche in Schulen und Hochschulen beschränkt, sondern ein lebenslanger Prozess der Auseinandersetzung mit sich selbst, den Mitmenschen und der eigenen Umgebung. Sich zu bilden, ist aus unserer Sicht erste Bürgerpflicht: Eine Bürgergesellschaft ohne mündige, aufgeklärte Bürger ist unmöglich.

Aus diesem Grund setzen wir uns für ein leistungsfähiges sächsisches Bildungssystem ein. Leistung messen wir an der Befähigung zum selbstständigen und kritischen Denken und nicht allein an der Deckung des Bedarfs an Arbeitskräften. Bildung soll unter die Leitidee der Persönlichkeitsbildung gestellt und damit an die Idee des gelingenden Lebens gekoppelt werden. Um diesen Anspruch zu erfüllen, muss das Bildungssystem so ausgestattet werden,



dass es zur Teilnahme an unserer Kultur befähigt und dem Einzelnen ein möglichst breites Angebot zur Förderung seiner Talente und Kompetenzen bietet. Denn Ziel aller Bildungsanstrengungen muss es sein, mündige Menschen heranzubilden, die eigenverantwortlich urteilen, entscheiden und verantwortungsbewusst handeln. Bildung endet dabei nicht mit der Ausbildung. Sie ist eine Lebensaufgabe, für jeden. Bildung ist Bürgerpflicht. Die dafür mitverantwortlichen Akteure, in personis die Lehrer und Erzieher, sollen aufgrund ihrer Verantwortung die ihnen gebührende gesellschaftliche Anerkennung erfahren und entsprechend ihrer Leistung auf vergleichbarem Niveau entlohnt werden.

Bei alledem ist eine gute Bildung für alle Sachsen eine der wichtigsten Aufgaben des Freistaates und gleichzeitig eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung, der sich auch Familien und Unternehmen zum Teil stärker als bisher stellen müssen.

Befähigung

Bloße Erkenntnis bleibt ohne Wirkung, wird sie nicht aktiv in die Tat umgesetzt. Bildung ist das Kapital unserer Gesellschaft, welches es für deren Entwicklung einzusetzen gilt. Nicht nur, aber im Besonderen gilt dies für den Bereich der Wissenschaft und Forschung. Wir wollen Sachsen weiterhin zu einem Innovationsstandort entwickeln, in dem Grundlagenforschung auf internationalem Niveau und die praktische Anwendung ihrer Ergebnisse in der Wirtschaft Hand in Hand gehen, um so die Lebensqualität aller zu steigern.

Wichtigste Voraussetzung dafür ist Offenheit: Statt künstliche Schwerpunkte in Wissenschaft und Wirtschaft zu verordnen, wollen wir jeden Bereich zu seinem Recht kommen lassen. Grenzen findet Forschung dort, wo der Schutz des menschlichen Lebens angetastet wird. Den Ordnungsrahmen für einen „Marktplatz der Ideen“ muss der Staat sicherstellen. Über den Erfolg und Misserfolg von Ideen und Produkten wird der Wettbewerb entscheiden. Für die Verwendung öffentlicher Mittel muss gelten: Vorfahrt für Bildung, Forschung und Innovation vor wirtschaftslenkenden Subventionen und marktverzerrenden Anreizsystemen.

Verantwortung

Unsere Gesellschaft stellt den Einzelnen, seine Würde und seine Rechte in den Mittelpunkt ihrer Schutzbemühungen: „Der Staat ist um des Menschen willen da, nicht der Mensch um des Staates willen“. Damit eine freiheitliche Ordnung dauerhaft ist und nicht ihren inneren Zusammenhalt verliert, steht das Individuum immer auch in der Pflicht, Verantwortung gegenüber seinen Mitmenschen zu übernehmen. Wo die Gemeinschaft für jene Sorge trägt, die nicht für sich selbst sorgen können, muss der Fähige einen Beitrag im Rahmen seiner Möglichkeiten leisten. Dies schließt die Verpflichtung ein, den Lebensunterhalt durch eigene Arbeit zu sichern.

Aus Sicht der Jungen Union Sachsen & Niederschlesien ist unser heutiges Sozialsystem, welches weitgehend voraussetzungslos den Lebensunterhalt garantiert, daher nicht zukunftsfähig und muss reformiert werden. Unsere Solidargemeinschaft darf nicht überfordert werden. Andernfalls fühlen sich die Menschen ausgenutzt, die dieses Gemeinwesen tragen. Die um sich greifende Unzufriedenheit mit steuerlichen Belastungen und die Kritik am Wohlfahrtsstaat, der mehr als Last denn als Stabilitätsgarant wahrgenommen wird, sind



Indikatoren einer absehbaren „Entsolidarisierung“. Ein Staat, in dem immer mehr über kollektive Umverteilungsmechanismen geregelt wird, erstickt private Initiative, der Gemeinsinn verkümmert. Jeder sollte seinen Teil leisten. Wer von der Gemeinschaft unterhalten werden will, muss im Rahmen seiner individuellen Möglichkeiten auch zu deren Erhalt beitragen.

Auf staatlicher Ebene bedeutet verantwortungsvolles Handeln für uns, die notwendige Substanz zur Erfüllung seiner originären Aufgaben zu erhalten. Statt immer neue Ansprüche zu bedienen und zusätzliche Aufgaben zu übernehmen, müssen klare Prioritäten gesetzt und Abläufe ständig überprüft und angepasst werden. Der Staat muss die Freiheit und Sicherheit seiner Bürger gewährleisten, Schutz und Versorgung für Alte, Kranke und Hilfsbedürftige bereitstellen und ein Bildungswesen garantieren, zu dem alle gleichen Zugang haben. Erst wenn diese Grundlagen gesichert sind, können zusätzliche Leistungen gemäß wirtschaftlicher Spielräume erwogen werden. Eine Sozialstaatlichkeit der Rundumversorgung auf Kosten permanenter Verschuldung lehnen wir ab.

Staatstätigkeit muss sich selbst tragen können und ausbleibendes Wirtschaftswachstum kann keine Begründung für Verschuldung sein. Daher streben wir eine Abkopplung der Staatsfinanzierung von Konjunkturschwankungen durch die kontinuierliche Bildung von Rücklagen in Zeiten des Aufschwungs an.

Zusammenhalt

Auch wenn das Individuum im Mittelpunkt unserer Gesellschaftsordnung steht, ist diese doch mehr als nur eine Addition der Einzelnen. Sozialer Zusammenhalt im Kleinen prägt unser Zusammenleben und ist das unverzichtbare Grundgerüst unserer Gesellschaft. Ehe und Familie sind dabei zentrale Bestandteile und genießen deshalb einen besonderen Schutz. Gelebte Verantwortung füreinander umfasst aber mehr Lebensformen als das Zusammenleben von Elternpaaren mit ihren leiblichen Kindern. Weitere Bindekräfte zieht unsere Gesellschaft aus religiösen und weltlichen Gemeinschaften, Vereinen und Gruppen verschiedenster Art, die sich den Prinzipien unserer demokratischen Rechtsordnung verpflichten. Deshalb kommt es darauf an, diese Strukturen zu erhalten, zu stärken und auf die sich daraus ergebende persönliche Erfüllung und gesellschaftliche Vorbildwirkung hinzuweisen.

Wir sehen den Einzelnen in der Pflicht, zumindest seinem direkten Umfeld unterstützend zur Seite zu stehen. Dies kann sich durch Nachbarschaftshilfe, Ehrenamt oder tätige Nächstenliebe ausdrücken. Gesellschaftlichem Engagement dürfen keine Steine in den Weg gelegt werden, es darf aber auch nicht als Substitution staatlichen Handelns wahrgenommen werden. Zudem muss die Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung im Ehrenamt besser honoriert werden. Die Junge Union setzt sich aus diesem Grund für die stärkere Berücksichtigung von Aufwendungen für Ehrenämter im Steuerrecht ein.

Die Verantwortungsgemeinschaft Familie gilt es gezielt zu stärken. Neben einer besseren Honorierung familiärer Leistungen in der Sozialversicherung müssen auch Beruf und Familie nach unserem Ermessen besser vereinbar sein. Dazu zählt nicht zuletzt der bedarfsgerechte Ausbau von Kindertagesstätten, die sich zugleich von Einrichtungen der Betreuung hin zu Einrichtungen einer altersangemessenen frühkindlichen Bildung wandeln sollen. Doch auch die Unternehmen müssen in die Pflicht genommen werden. Anstatt an starren, überkommenen Arbeitszeitmodellen festzuhalten, müssen Effizienz und Zielerfüllung Vorrang vor Präsenz am Arbeitsplatz genießen.



Aufrichtigkeit

In unserer repräsentativen Demokratie wählen mündige Bürger in einem freien Akt ihre politischen Vertreter und statten diese mit einem Mandat aus. Im Gegenzug sind die Mandatsträger verpflichtet, politische Entscheidungen nachvollziehbar zu erklären und zu begründen. Nur so kann demokratische Legitimation funktionieren und mehr sein als ein – wenn überhaupt stattfindender – routinemäßiger Gang zur Wahlurne. Daher streben wir eine offenere und aufrichtigere politische Kommunikation an, die sich von überkommen politischen Ritualen verabschiedet. Als junge Generation wollen wir eine klare Sprache wählen. Es gilt Entscheidungsprozesse und die ihnen zugrundeliegenden Informationen anschaulich machen, Probleme klar zu benennen und Alternativen aufzuzeigen. Politik kann nie perfekt und allwissend sein. Gerade deshalb ist sie zur Erklärung ihres Handelns verpflichtet. Entscheidungsoptionen müssen dargelegt und hinsichtlich ihrer Risiken und Vorteile abgewogen werden. Dieser Prozess ist so transparent wie möglich zu gestalten.